

Pflichtinformationen gem. Art. 13 DS-GVO für Hinweisgeber im Hinweisgeberverfahren

Kontaktdaten des Verantwortlichen

Unternehmen: btu beraterpartner GmbH Steuerberatungsgesellschaft
btu beraterpartner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Anschrift: Feldbergstraße 27-29, 61440 Oberursel
Telefon: 06171/5904-0
E-Mail: datenschutz@btu-beraterpartner.com

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Name: Marc Fuchs
Unternehmen: DATEV eG
Anschrift: Sigmundstraße 172, 90329 Nürnberg
E-Mail: marc.fuchs@datev.de

Woher beziehen wir Ihre personenbezogenen Daten?

Die Erhebung Ihrer Daten findet grundsätzlich bei Ihnen selbst, durch die in Ihrer Meldung bzw. Offenlegung enthaltenen Angaben statt.

Es ist möglich, dass weitere Daten von Ihnen im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Folgemaßnahmen, die aufgrund Ihrer Meldung bzw. Offenlegung ergriffen werden, bei anderen Personen oder aus öffentlich zugänglichen Quellen (z. B. Internetauftritte etc.) erhoben werden.

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die von Ihnen überlassenen personenbezogenen Daten werden im Einklang mit den Bestimmungen der europäischen Datenschutzverordnung (DS-GVO), dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) sowie dem Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) verarbeitet.

Dabei ist insbesondere Ihre Identität als Hinweisgeber zu schützen (§ 8 Abs. 1 HinSchG), außer Sie melden vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige Informationen über Verstöße (§ 9 Abs. 1 HinSchG).

Aufgrund gesetzlicher Vorgaben (gem. Art. 6 Abs.1 Lit. c DS-GVO i. V. m. § 10 HinSchG)

Die Datenverarbeitung ist erforderlich, um die Aufgaben einer Meldestelle nach dem Hinweisgeberschutzgesetz zu erfüllen, zu deren Einrichtung wir gesetzlich verpflichtet sind.

Aufgrund einer Einwilligung (gem. Art. 6 Abs. 1 Lit. a DS-GVO i. V. m. § 9 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 HinSchG)

Sie können in die Preis- oder Weitergabe Ihrer Identität einwilligen. Die Preis- oder Weitergabe Ihrer Identität erfolgt nur, wenn diese für Folgemaßnahmen erforderlich ist und Sie Ihre Einwilligung erteilt haben. Die Einwilligung ist in Textform der Meldestelle gegenüber zu erteilen und muss für jede einzelne Preis- oder Weitergabe Ihrer Identität erteilt werden. Die Erteilung der Einwilligung ist absolut freiwillig, die Nicht-Erteilung der Einwilligung hat keinerlei negative Konsequenzen.

Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit von Ihnen mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Preis- oder Weitergaben Ihrer Identität, die vor dem Widerruf erfolgt sind, bleiben vom Widerruf unberührt und können nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Der Widerruf der Einwilligung ist in Textform der Meldestelle gegenüber zu erklären.

Im Rahmen der Interessenabwägung (gem. Art. 6 Abs. 1 Lit. f DS-GVO)

Die Zwecke der Verarbeitung ergeben sich aus der Wahrung unserer berechtigten Interessen. Unser berechtigtes Interesse kann zur Verarbeitung der von Ihnen überlassenen Daten herangezogen werden, sofern Ihre Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten nicht überwiegen.

Unser berechtigtes Interesse ist: Einrichtung einer Meldestelle für Hinweisgeber zur Aufdeckung und Prävention von Missständen und die damit verbundene Abwendung von Schäden und Haftungsrisiken für unser Unternehmen.

Wer erhält die von Ihnen überlassenen personenbezogenen Daten?

Innerhalb unseres Unternehmens erhalten ausschließlich die in der Meldestelle beschäftigten Personen sowie ggf. weitere an Folgemaßnahmen beteiligte Personen Zugriff. Diese Personen sind gesondert zur Wahrung der Verschwiegenheit bzw. der Vertraulichkeit der Identität hinweisgebender Personen verpflichtet.

Im Rahmen von Folgemaßnahmen kann es sein, dass die von Ihnen überlassenen Daten inklusive Ihrer Identität auch ohne Ihre Einwilligung an folgende zuständige Stellen weitergegeben wird:

- Strafverfolgungsbehörden in Strafverfahren auf deren Verlangen hin
- Verwaltungsbehörden in Verwaltungsverfahren, einschließlich Bußgeldstellen
- Öffentliche Stellen aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung
- Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und sowie im Wertpapierhandelsgesetz genannte öffentliche Stellen
- Bundeskartellamt sowie jeweils zuständige Wettbewerbsbehörde

Die Preis- oder Weitergabe Ihrer Identität an weitere Stellen erfolgt nur, wenn diese für Folgemaßnahmen erforderlich ist und Sie Ihre Einwilligung erteilt haben. Die Einwilligung ist in Textform der Meldestelle gegenüber zu erteilen und muss für jede einzelne Preis- oder Weitergabe Ihrer Identität erteilt werden. Die Erteilung der Einwilligung ist absolut freiwillig, die Nicht-Erteilung der Einwilligung hat keinerlei negative Konsequenzen.

Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit von Ihnen mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Preis- oder Weitergaben Ihrer Identität, die vor dem Widerruf erfolgt sind, bleiben vom Widerruf unberührt und können nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Im Rahmen unserer Meldestelle setzen wir den Auftragsverarbeiter LegalTegrity GmbH ein.

Dieser Auftragsverarbeiter ist von uns vertraglich zur Einhaltung der Vorgaben der DS-GVO und des BDSG sowie zur Wahrung der Vertraulichkeit der Identität hinweisgebender Personen verpflichtet.

Nähere Angaben zur Datenverarbeitung durch den von uns eingesetzten Auftragsverarbeiter LegalTegrity GmbH finden Sie unter:

<https://legaltegrity.com/datenschutz/>

bzw.

<https://app.whistle-report.com/e7585bad-bba4-4928-b9a2-a7ec3ba41379/data-protection?language=de>

Werden die von Ihnen überlassenen Daten an Drittländer oder internationale Organisationen übermittelt?

Eine Übermittlung der von Ihnen überlassenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation erfolgt in keinem Fall.

Findet automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling statt?

Zur Verarbeitung der von Ihnen überlassenen Daten kommt keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung (einschließlich Profiling) gem. Art. 22 DS-GVO zum Einsatz.

Dauer der Verarbeitung (Kriterien der Löschung)

Die Verarbeitung der von Ihnen überlassenen Daten erfolgt so lange, wie sie zur Bearbeitung der Meldung bzw. Offenlegung inkl. der gesetzlich definierten Folgemaßnahmen (Verfahren) notwendig ist. Nach der Beendigung des Verfahrens werden die von Ihnen überlassenen Daten zur Einhaltung der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht des § 11 Abs. 5 HinSchG drei Jahre aufbewahrt und danach gelöscht. In Einzelfällen können Daten länger aufbewahrt werden, um gesetzliche Anforderungen nach dem HinSchG oder nach anderen Rechtsvorschriften zu erfüllen, solange dies erforderlich und verhältnismäßig ist.

Auskunft über Ihre Rechte

Recht auf **Auskunft** gem. Art. 15 DS-GVO:

Sie haben das Recht, auf Antrag unentgeltlich Auskunft zu erhalten, ob und welche Daten über Sie gespeichert sind und zu welchem Zweck die Speicherung erfolgt.

Recht auf **Berichtigung** gem. Art. 16 DS-GVO:

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung Ihrer unrichtigen personenbezogenen Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten — auch mittels einer ergänzenden Erklärung — zu verlangen.

Recht auf **Löschung („Recht auf Vergessenwerden“)** gem. Art. 17 DS-GVO:

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass Ihre Daten unverzüglich gelöscht werden. Der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- a) Zwecke, für die die personenbezogenen Daten erhoben wurden, entfallen
- b) Sie widerrufen Ihre Einwilligung der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
- c) Sie widersprechen der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
- d) Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- e) Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
- f) Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Artikel 8 Absatz 1 erhoben.

Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung** gem. Art. 18 DS-GVO & § 35 BDSG:

Sie haben das Recht die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist:

- a) Die Richtigkeit der personenbezogenen Daten wird von Ihnen angezweifelt.
- b) Die Verarbeitung ist unrechtmäßig; Sie lehnen eine Löschung jedoch ab.
- c) Personenbezogene Daten werden für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt; Sie benötigen die Daten jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
- d) Sie haben Widerspruch gegen die Verarbeitung gem. Art. 21 Abs. 1 DS-GVO eingelegt. Solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen Ihnen gegenüber überwiegen, wird die Verarbeitung eingeschränkt.

Recht auf **Datenübertragbarkeit** gem. Art. 20 DS-GVO:

Sie haben das Recht die von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format von dem Verantwortlichen zu erhalten. Eine Weiterleitung an einen anderen Verantwortlichen darf von uns nicht behindert werden.

Widerspruchsrecht gem. Art. 21 DS-GVO:

Hierzu wenden Sie sich bitte an den Verantwortlichen der Verarbeitung (s. o.).

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde gem. Art. 13 Abs. 2 Lit. d, 77 DS-GVO i. V. m § 19 BDSG:

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten gegen die DS-GVO verstößt, haben Sie das Recht Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde einzulegen. Hierzu wenden Sie sich bitte an die zuständige Aufsichtsbehörde

Zurückziehen der Einwilligung gem. Art. 7 Abs. 3 DS-GVO:

Beruhet die Verarbeitung auf Ihrer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 Lit. a, sind Sie jederzeit dazu berechtigt die zweckmäßig gebundene Einwilligung zurückzuziehen, ohne dass die Rechtmäßigkeit, der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung, berührt wird.